

## Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 168 / 2014

Kiel, Mittwoch, 9. April 2014

Aktuelle Stunde / EEG-Reform

### Oliver Kumbartzky: EEG-Novelle ist kein großer Wurf, sondern nur ein mutloses Schmalspur-Reförmchen

In seiner Rede zu TOP 1 (Aktuelle Stunde – EEG-Reform) erklärt der energiepolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Oliver Kumbartzky**:

„Das, was das Bundeskabinett gestern auf den Weg gebracht hat, ist kein großer Wurf, sondern bloß ein mutloses Schmalspur-Reförmchen. Der große Verlierer ist der Verbraucher, der die weiter steigenden Preise zahlen muss.

Statt über eine Senkung der Energiepreise zu sprechen, geben sich die Bundes- und die Landesregierung mit einer Dämpfung des Anstiegs zufrieden. Das kann es nicht sein! Das vorsichtige Drehen an den Stellschrauben bringt nichts mehr, es muss sich Grundlegendes ändern.

Der Staat ist nicht nur Preistreiber, sondern auch Profiteur steigender Energiepreise. Statt der ganzen Wahlgeschenke der Großen Koalition, von der nur wenige profitieren, sollte sie die Stromsteuer senken, denn davon profitieren alle. Hier muss sich insbesondere die Union endlich bewegen.

Es wird von der Regierung die Chance vertan, die Energiepolitik wirklich neu zu konzipieren, hin zu einer Marktintegration der erneuerbaren Energien. Um den vorgesehenen und gewollten Anteil erneuerbarer Energien effizient und kostengünstig zu erreichen, wäre ein Quotenmodell eine Lösung. Hier würde sich die wirtschaftlichste Energiegewinnung durchsetzen – Schleswig-Holsteins Windenergie bräuchte so ein Modell also nicht zu fürchten.

Die Energiewende muss endlich europäisch gedacht werden. Ein Alleingang Deutschlands ist nicht länger durchzuhalten. Der europäische Energie-Binnenmarkt muss endlich vollendet werden. Die Regierung darf nicht weiter beinahe tatenlos zusehen, wie deutsche Unternehmen durch steigende Preise ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren drohen.

Der gestrige Tag war ein schlechter Tag für die Verbraucher und für die Arbeitsplätze in Mittelstand und Industrie. Es muss in dieser Legislaturperiode zu einer Generalinventur der Energiepolitik in Bund und Ländern kommen.“